

# CDU fordert Rücktritt von Staatssekretärin Kaykin



Die CDU-Fraktion in NRW hat angesichts andauernder Ermittlungen gegen Staatssekretärin Zülfiye Kaykin (Foto r.) deren Rückzug verlangt. Sie sei in ihrem Amt nicht mehr tragbar, sagte der sozialpolitische Sprecher Peter Preuß (l.) nach einer Aktuellen Viertelstunde im Sozialausschuss des Landtags. Seit März geht die Staatsanwaltschaft in Duisburg dem Verdacht nach, Kaykin habe als frühere Geschäftsführerin einer Begegnungsstätte fehlende Sozialversicherungsbeiträge zu verantworten gehabt. Preuß sagte, die Staatssekretärin habe inzwischen rund [3700 Euro an Sozialabgaben nachgezahlt](#), was ein Schuldeingeständnis bedeute.

*(Von Verena B., PI-Bonn)*

Die als Neunjährige aus der Türkei nach Duisburg gekommene Türkin avancierte nach Abschluss der Hauptschule [von der Verkaufsstellenleiterin eines Schuhladens 2010 zur Staatssekretärin](#) für Integration im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. Kaykin war von 1999 bis 2001 Vorsitzende des „Runden Tisches Marxloh“ und von 2001 bis 2002 Mitglied des Duisburger Stadtverbands der DITIB sowie von 2002 bis 2005 Koordinatorin des integrativen Moscheeprojekts „Zusammenleben“. Von 2005 bis 2010 agierte sie als hauptamtliche Geschäftsführerin der Begegnungsstätte an der DITIB-Merkez-Moschee im Kalifat

Duisburg-Marxloh und ist seit 1994 Mitglied der SPD.

Interessant ist auch der Auftrag, den Kaykin seinerzeit von der „Union der Türkischen Vereine in Deutschland“ erhalten hat, nämlich die schnellere Integration von Zuwanderern, sprich Sicherstellung der bedingungslosen Akzeptanz fragwürdiger religiös verbrämter mittelalterlicher „Traditionen“ und Rechtsvorschriften, voranzutreiben. Gerne besucht die Muslimin auch Veranstaltungen der „Grauen Wölfe“, die der Verfassungsschutz als „rassistisch“, gewaltbereit“ und „totalitär organisiert“ bezeichnet, wobei deren enge Kontakte zur CDU höflich ignoriert werden!

Das „Wunder von Marxloh“ (Finanzierung: 1,6 Mio. Euro vom Land, 1,6 Mio. Euro von der EU), das seinerzeit als leuchtendes Vorbild für den „interkulturellen Dialog“ hochgejazzt wurde, ist inzwischen zum Rohrkrepierer geworden. Kaykin hatte im Oktober erklärt, Fördergelder für ein Projekt der Begegnungsstätte seien unter ihrer Verantwortung „ordnungsgemäß“ verwendet worden. Das zieht nun ausgerechnet ein Mann in Zweifel, der im Anhang eines von Kaykin unterzeichneten Förderantrags der Begegnungsstätte bei der Europäischen Union zur Professionalisierung der Moscheegemeinden um Duisburg als „Projektpersonal“ und „Experte für Verwaltung“ genannt wird: Özay Karabulut, damals Sprecher der 18 Gemeinden der DITIB in Duisburg. Sein Name sei ohne sein Wissen „von Frau Kaykin benutzt worden, um Fördergelder zu beschaffen“, so Karabulut. „Die so erschlichenen Gelder sind keineswegs für die Beratung von Moscheegemeinden ausgegeben worden – das hätte ich gewusst.“

Darüber hinaus erhebt die Duisburger Kriminalpolizei schwere Vorwürfe gegen die SPD-Integrationsstaatssekretärin, die illegale schwarze Kassen geführt haben soll, aus denen unter anderem die Mitarbeiter an der Steuer vorbei bezahlt worden sein sollen. Diese Vorwürfe sollen sehr konkret und „unzweifelhaft“ sein. Zudem sollen belastende Belege zu Verdunkelungszwecken vernichtet worden sein.

Wer nun aber glaubt, dass Kaykin analog zum Fall Uckermann wegen Verdunkelungsgefahr gleichfalls in Untersuchungshaft verbracht wurde, irrt gewaltig! Selbstverständlich gilt auch hier wieder: Vor dem Gesetz sind alle gleich – einige allerdings gleicher! Frohe Weihnachten im Kreise Ihrer Lieben, Frau Kaykin. Vielleicht schicken auch Sie [Jörg Uckermann eine Weihnachtskarte](#) in die Justizanstalt Köln-Ossendorf...